



Gesetz schadet den Minderheiten und sorgt für mehr Bürokratie



Am Donnerstag hat der Bundestag mit den Stimmen von SPD und Union das umstrittene Gleichbehandlungsgesetz verabschiedet. Sogar ein CDU-Politiker räumte in der Debatte ein, dass es "wahrlich kein gutes Gesetz geworden" sei. FDP-Fraktionchef Guido Westerwelle kritisierte in seiner [Rede](#), dass es den Minderheiten schaden und zu mehr Bürokratie führen werde. "Es ist auch ein glatter Wortbruch zu dem, was Sie vor der Wahl ihren Wählern versprochen haben", so Westerwelle.

Das beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geht in vielen Punkten über die Vorgaben einer EU-Richtlinie hinaus. Es soll vor allem dabei helfen, Benachteiligungen wegen Rasse, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexueller Identität zu verhindern. Das von der rot-grünen Vorgängerregierung bereits im Bundestag verabschiedete Antidiskriminierungsgesetz wurde erst im Bundesrat mit den Stimmen der unionsgeführten Länder gestoppt.

Für das Gesetz votierten am Donnerstag in namentlicher Abstimmung 443 von 571 Abgeordneten, mit Nein stimmten 111 Parlamentarier. 17 Volksvertreter enthielten sich.

"Wenn aus einem saudummen Gesetzentwurf ein dummer Gesetzentwurf wird, ist das kein Fortschritt, sondern bleibt immer noch dämlich", kritisierte FDP-Fraktionschef Guido Westerwelle das Gesetz scharf. Dass die Union nur zustimme, damit es dann nicht zu viele Abweichler in den Reihen der Sozialdemokraten bei der Föderalismusreform gebe, nannte er einen "bemerkenswerten Kuhhandel". Westerwelle warf der Regierung in seiner Rede vor, entgegen ihrer Koalitionsvereinbarung weit über die EU-Richtlinien hinausgegangen zu sein.

Aus Sicht der Liberalen schadet das Gesetz sogar den Minderheiten, statt ihnen zu nützen. Denn künftig würden Arbeitgeber aus Angst vor Klagen Angehörige von Minderheiten erst gar nicht mehr zu Vorstellungsgesprächen einladen. "Wenn Sie es mir nicht glauben, glauben Sie es Angela Merkel. Genau das hat sie in der letzten Legislaturperiode vor ihrer Metamorphose immer und immer wieder vertreten", so Westerwelle in seiner Rede vor dem Bundestag.



Zuvor hatte die Sprecherin für Justizpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, Mechthild Dyckmans, darauf hingewiesen, dass die halbherzigen Nachbesserungen nicht ausreichend seien. "Jede über Eins zu Eins hinausgehende Umsetzung schadet der Wirtschaft mehr als sie den Betroffenen nutzt", so Dyckmans. Die Nachbesserungen würden somit nicht den Grundfehler des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes beheben. Dyckmans mahnte: "Die Union kann sich auch durch die halbherzigen Nachbesserungen nicht aus der Verantwortung für dieses Gesetz stellen."

- [Rede von Guido Westerwelle](#) im Wortlaut
- [Antrag der FDP-Fraktion](#) : Bürokratie schützt nicht vor Diskriminierung – Allgemeines Gleichbehandlungs- gesetz ist der falsche Weg

URL dieser Seite: http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_article.php?wc_c=334&wc_id=427&wc_p=1